

Obama warnt Trump vor Putin

Abschiedsbesuch Der scheidende US-Präsident geht nicht davon aus, dass die USA unter Donald Trump ihre Aussenpolitik umkrempeln werden. Angela Merkel lobte er nach seinem letzten Treffen als US-Präsident gestern in Berlin in den höchsten Tönen, während Merkel sich in gewohnter Trockenheit übte: «Demokratie lebt vom Wechsel.»

Der US-Präsident und die deutsche Kanzlerin, aller Unterschiede im Politikstil zum Trotz zwei enge Verbündete, machten einige bemerkenswerte Aussagen. Merkel sagte mit Blick auf die grosse Last, die die USA im Verteidigungsbündnis Nato tragen: «Ich nehme die Hinweise des Präsidenten (Anm.: Obama) sehr ernst, dass Deutschland innerhalb der Nato sich schrittweise wird mehr engagieren müssen.»

Obama betonte, dass es «signifikante Unterschiede zur Sichtweise Russlands» in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gebe. «Ich hoffe, dass der neu gewählte Präsident auch bereit dazu ist, Russland Paroli zu bieten, wenn unterschiedliche Interessen vorhanden sind», sagte er. Sowohl Obama als auch Merkel sprachen sich dafür aus, die Sanktionen gegen Russland wegen der Ukraine-Krise aufrechtzuerhalten, solange die Friedensvereinbarungen von Minsk nicht umgesetzt sind.

Obama betonte, dass er nicht davon ausgehe, dass die USA unter dem neuen Präsidenten eine 180-Grad-Wendung in der Aussenpolitik vornähmen. Würden die präsidentialen Aufgaben nicht mit Ernsthaftigkeit angegangen, «wird man voraussichtlich nicht sehr lange in diesem Amt bleiben».

Auch auf Deutschland komme viel Verantwortung zu. Wäre er in Deutschland wahlberechtigt, so Obama, würde er Merkel für eine weitere Amtszeit wählen. Merkel äusserte sich nicht zu einer neuerlichen Kandidatur. Medienberichten zufolge wird sie das an diesem Sonntag tun. (cr)

Die Wirtschaft schliesst die Reihen

Inländervorrang Die Arbeitgeber kritisierten den ständerätlichen Umsetzungsplan für die Zuwanderungsinitiative. Nun schwenken die Wirtschaftsdachverbände auf das FDP-Konzept um.

Tobias Gafafer

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist für die Wirtschaft ein entscheidendes Dossier. Doch obwohl es um viel geht, waren sich die grossen Verbände in den letzten Monaten häufig uneinig. Wenige Tage vor der Ständeratsdebatte schlossen Economiesuisse und der Arbeitgeberverband nun die Reihen. Dies zeigt ein gemeinsames Schreiben an die bürgerlichen Ständeräte, das unserer Zeitung vorliegt. Die grossen Wirtschaftsdachverbände schlagen für die Umsetzung Eckwerte vor. Der Ansatz der Mehrheit der Staatspolitischen Kommission (SPK) des Ständerates gehe in die richtige Richtung, schreiben die Verbandsspitzen. Pikant: Noch letzte Woche hatte der Arbeitgeberverband kritisiert, der SPK-Vorschlag verursache einen «nicht bewältigbaren bürokratischen Aufwand».

Nun vollziehen die Arbeitgeber mindestens teilweise eine Kehrtwende. Allerdings verlangen die Wirtschaftsverbände beim Umsetzungskonzept der ständerätlichen SPK Korrekturen. Diese sprach sich jüngst für einen verschärften Inländervorrang aus. Unternehmen sollen offene Stellen den Regionalen Arbeitsvermittlungsstellen (RAV) melden müssen, wenn die Arbeitslosigkeit in einer Berufsgruppe überdurchschnittlich ist. Zudem müssten die Arbeitgeber eine gewisse Zahl der von den RAV gemeldeten Kandidaten zum Vorstellungsgespräch einladen – und könnten diese nur mit einer Begründung ablehnen. Andernfalls droht eine Busse.

Das geht den Wirtschaftsverbänden zu weit: Sie lehnen die Begründungspflicht als «staatlichen Eingriff» in die Personalpolitik ab. Firmen sollen nur be-



Küchenhilfen in einem Hotel in Gstaad.

Bild: Gaetan Bally/Keystone (9. Februar 2009)

straft werden, wenn sie kein Bewerbungsgespräch durchführen. Zudem schlägt die Wirtschaft vor, das Modell der ständerätlichen SPK mit dem des Nationalrats zu kombinieren. Demnach

soll zuerst für alle Berufe eine Meldepflicht für offene Stellen an die RAV eingeführt werden, aber erst ab einem Schwellenwert. Vorstellungsgespräche sollen erst in einer zweiten Stufe ein Thema

sein. Keine Rede mehr ist im Brief von weitergehenden Forderungen der Arbeitgeber. Diese unterstützten bisher die Position der CVP, die als Ultima Ratio Kontingente für Zuwanderer

verlangt, notfalls auch ohne Einverständnis der EU. Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt sprach sich wiederholt für diese Möglichkeit aus und weibelte dafür. Sein Verband will auf Anfrage zurzeit keine Stellung zum Brief nehmen, der nicht für die Medien bestimmt sei. Mit dem Schwenker der Dachverbände steigen die Chancen, dass sich das Konzept der ständerätlichen SPK, das dort mit Stimmen der FDP und der SP nur knapp obsiegte, Ende Monat auch im Plenum durchsetzt.

Die Zeit für die Umsetzung läuft ab

Der Vater des SPK-Vorschlags, der Aargauer FDP-Ständerat Philipp Müller, will sich nicht zum Brief äussern. Er musste viel Kritik einstecken. Zu bürokratisch, lautete der Vorwurf. Müller wehrt sich: Der flächendeckende Inländervorrang, wie ihn die SVP vorschläge, welche die Masseneinwanderungsinitiative lancierte, führe zu viel mehr Bürokratie. «Der Bombenwerfer versucht nun, die Feuerwehr zu spielen. Das ist ein schlechter Witz.» Der Volksentscheid sei so gut wie möglich umzusetzen, entgegnet Peter Föhn (SVP, Schwyz). Das von der SVP vorgeschlagene Modell habe vor der Einführung der Personenfreizügigkeit auch gut funktioniert.

Pirmin Bischof (CVP, Solothurn) zeigt sich vom Brief der Wirtschaftsverbände überrascht. Er vermutet dahinter ein parteitaktisches Manöver. «Es wäre eine Provokation, keine weiteren Abhilfemassnahmen vorzusehen.» Vor allem aber befürchtet Bischof, dass Änderungen an Müllers Konzept aus Zeitgründen schwierig sind.

Das Parlament will die Vorlage in der Dezembersession bereinigen, weil im Februar 2017 die Frist für die Umsetzung der Initiative abläuft.

ANZEIGE

Zeit für ein Update



Der Schweizer Zahlungsverkehr wird harmonisiert

Wir unterstützen unsere KMU-Kunden bei der Anpassung ihrer Software.

postfinance.ch/update

PostFinance 
Besser begleitet.